

## Soziale Konsequenzen von Ressourcenverknappung

Ergänzende Notizen zum Austausch mit der parlamentarischen Gruppe Peak Oil, 02. Dez. 2008

Kaum ist der Kalte Krieg zu Ende, entbrennt ein neuer kalter Krieg. Es handelt sich um den Krieg um Ressourcen, der zu einem heissen Krieg werden könnte. Im Vordergrund steht das Erdöl. Wenn es nicht gelingt, die Verteilung wichtiger Ressourcen verbindlicher und gerechter zu gestalten, verschärfen sich *Kriege* und soziale Polarisierungen, die zumindest grössere Bevölkerungskreise benachteiligen und verarmen lassen könnten. Sie tangieren aber auch den *Wohlstand* und die *Mobilität* der Privilegierten. Dazu ein paar (eilige) Notizen.

*Kriege:* Fast alle Kriege im mittleren Osten haben mit dem Kampf um knappe Ressourcen zu tun. Dabei geht es vor allem um das Erdöl. Die Gefahr ist akut, dass sich die Konflikte auf weite Bereiche der Erde ausweiten. So hat sich beispielsweise Chinas Abhängigkeit von Ölimporten in den letzten Jahren drastisch verschärft. 1996 importierte China 7,6% des Rohöls aus dem Ausland, 2004 bereits 40% und im Jahr 2030 sollen es 80% sein. Hauptlieferanten sind die Länder des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas, vor allem Saudi-Arabien, Iran und Oman. Sie decken 40% des chinesischen Ölimports ab. In China und Indien leben heute 2,3 Milliarden Menschen. In Europa leben nur noch etwa 12% der Weltbevölkerung.<sup>1</sup>

*Wohlstand:* Der heutige Wohlstand in den westlichen Industrieländern basiert auf der schier uneingeschränkten Verfügbarkeit günstiger fossiler Energie. „Die Menschheit hat in den vergangenen 150 Jahren dank der Erschliessung der fossilen Energiequellen eine spektakuläre Entwicklung durchgemacht, die nun vermutlich bald zu Ende sein wird“, schreibt Alex von Zelewsky<sup>2</sup> und erörtert auch, wie wir auch in der Nahrungsmittelerzeugung vollständig vom Erdöl abhängig sind: „Ohne einen massiven Einsatz von Erdöl wäre die Ernährung von nun bald 7 Milliarden Menschen ausgeschlossen. In der Schweiz wie auch in anderen westlichen Industrieländern erzeugen nur ganz wenige Prozente der Bevölkerung die Nahrungsmittel für diejenigen, die nicht im Agrarsektor tätig sind. Dazu verbrauchen wir pro Kopf und Tag etwa 4 Kilogramm Erdöl.“ Die Verlagerung und der Rückgang der täglichen Ölförderung stellen demnach diese grundlegende Voraussetzung infrage. Das erhöht soziale Spannungen und wirft viele Fragen auf: *erstens*, was Fortschritt bedeutet; *zweitens*, ob sich der heutige Wohlstand halten lässt; *drittens*, ob das überhaupt erstrebenswert oder verallgemeinerbar ist und *viertens*, ob weniger Konsum sogar mehr Lebensqualität bedeuten könnte.

---

<sup>1</sup> Bahman Nirumand, Der unerklärte Weltkrieg. Akteure und Interessen in Nah- und Mittelost. Booklett, Berlin 2007,

<sup>2</sup> Alex von Zelewsky, „Peak Oil“ – die grosse Herausforderung. Die Endlichkeit der fossilen Energien, NZZ Online, Zürich, 8. September 2008.

*Mobilität:* Mit der Erdölverknappung steigen die Transportkosten. Das könnte dazu führen,

- die (Freizeit-)Mobilität und den Warenumsatz auf dem Weltmarkt zu senken,
- die Globalisierung etwas einzudämmen,
- die Produktion und die soziale Ökonomie für die lokale Nachfrage zu stärken,
- die Vorstellung vom ewigen Wachstum zu verabschieden,
- sich wieder bescheidener zu verhalten und
- mehr Wind- und Sonnenenergie zu nutzen.

In der Schweiz konsumieren vermögende Personen mehr Mobilität, reagieren aber weniger auf Preissignale.<sup>3</sup> Soweit erste Bemerkungen. Ich weite sie nun etwas aus.

## 1. Soziale Gegensätze und kriegerische Konflikte

„Es besteht das Risiko, dass Afrika austrocknet“, titelte die Basler Zeitung am 13.6.2006 und wies auf Gefahren hin, die der Brundtland-Bericht bereits 1987 und der Rio-Bericht 1992 betonten, die auch viele Forderungen der Stockholmer Konferenz (1974) aufnahmen. Eine weitere Überschrift in der selben Ausgabe der Basler Zeitung lautete: „Rüstungsausgaben so hoch wie nie zuvor“. Im Jahr 2005 betrugen sie 1'118 Mrd. Dollar. Das sind 2,5% der Weltproduktion oder 210 Franken pro Kopf der Weltbevölkerung. Der von den USA angeführte „Krieg gegen Terror“ und die militärische Präsenz in Irak und Afghanistan haben die Rüstungsausgaben auf Höchstwerte getrieben. Nach dem Aufbrechen der Berliner Mauer (1989) und der Entschärfung des West-Ost-Konfliktes sanken die Rüstungsausgaben und erlangten 1998 ihr tiefstes Niveau. Seither stiegen sie um 34% an. Vier Fünftel des Zuwachses gehen auf die Ankurbelung der Kriegswirtschaft in den USA zurück.

Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen setzte sich in seinem Bericht „Perspektive 2015“<sup>4</sup> mit dem Zusammenhang zwischen (Ressourcen-)Armut und Krieg auseinander. Was daraus hervor geht: Armut führt zu kriegerischen Auseinandersetzungen und kriegerische Auseinandersetzungen führen zu Armut. Dies allerdings weder simpel kausal noch singular, wiewohl sich beispielsweise Bürgerkriege ziemlich direkt und zerstörerisch auf Entwicklungsprozesse auswirken. Acht der zehn Länder mit dem niedrigsten Human Development Index und ebenfalls acht der zehn Länder mit dem geringsten Pro-Kopf-Einkommen waren in den letzten zwanzig Jahren von Bürgerkriegen grösseren Ausmasses betroffen. Im Jahr 2002 fanden 18 der insgesamt 29 identifizierten Kriege sowie 17 der 18 bewaffneten Konflikte in Ländern statt, die ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 755 US-Dollar aufweisen. Allerdings sind auch ressourcenreiche Gebiete in ähnlichem Ausmass von (Bürger-)Kriegen betroffen. Die Abhängigkeit eines Landes von Rohstoffexporten gilt jedenfalls als zentraler Risikofaktor. Kriege werden oft ideologisch legitimiert, haben aber viel mit politischer Ökonomie und Rohstoffen wie Diamanten, Edelmetallen, Edelhölzern oder Erdöl zu tun. Das zeigen Erfahrungen in Sierra Leone, Nigeria, Angola, Liberia und im Kongo. Es gibt allerdings Staaten wie Botswana, die ähnlich wie Angola, über viele Diamantenvorkommnisse verfügen, ohne aber deswegen grössere Konflikte zu haben.

<sup>3</sup> Daniele Ganser, et al., Peak Oil und Treibstoffkrise in der Schweiz, Schweizerische Akademie der Technischen Wissenschaften, August 2008, S. 83,

<sup>4</sup> VENRO, Perspektive 2015: Armutsbekämpfung und Krisenintervention, Bonn 2003.

Armut ist gewiss kein einziger oder hinreichender Grund für Kriege. So verfügt beispielsweise Malawi von 173 Ländern den viertletzten Platz, was das Pro-Kopf-Einkommen betrifft. Malawi ist aber ein relativ friedliches Land. Und auch die von der Weltbank in 161 Ländern untersuchten 78 Bürgerkriege vermitteln keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen den Einkommensdisparitäten bzw. den vertikalen Ungleichheiten und Kriegen. Wenn Regionen und einzelne Bevölkerungsgruppen allerdings einen sozialen Abstieg oder eine plötzliche Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen erfahren, erhöht sich die Disposition zur Gewalteskalation. Solche (Leidens-)Erfahrungen lassen sich beispielsweise von charismatischen Führern (entlang ethno-religiöser Trennlinien) instrumentalisieren. Aber auch das ist kein zwangsläufiger Prozess. Weitere Faktoren wie die Schwäche des Staates spielen mit. Sie führen unter anderem dazu, dass so genannte Entwicklungsländer soziale Folgen der Globalisierung weniger gut auffangen können, als reiche, institutionell gefestigte und politisch relativ stabile Industrieländer. Laut UNDP (2005) sinkt mit wachsendem Wohlstand die Gefahr gewaltsamer Konflikte. Bei einem Bruttosozialprodukt (BSP) unter 500 US-Dollar pro Kopf beträgt sie rund 15%, bei einem BSP über 5000 US-Dollar liegt sie unter 3%. Die Korrelation scheint eindeutig zu sein. Insgesamt deuten aber widersprüchliche empirische Befunde darauf hin, dass sie vorsichtig zu deuten sind. Gleichwohl formuliere ich, stark verkürzt, ein paar Annahmen.

- *These 1:* Armut erhöht die soziale Brisanz und die Gefahr von gewalttätigen und kriegerischen Auseinandersetzungen. Sie hindert Menschen daran, sich für eigene und übergreifende Interessen einzusetzen.

Diese erste Annahme bezieht sich vorwiegend auf die bisherigen Ausführungen. Sollte sie nicht zutreffen, wäre das kein Grund, sich nicht trotzdem für die Bewältigung der Armut zu engagieren und soziale Folgen der Globalisierung anzugehen.

## 2. Soziale Folgen der Globalisierung

Weltweite Verflechtungen kennzeichnen die Globalisierung: wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch, kulturell. Sie eröffnen ein sozialräumliches Gesellschaftsbild, das weder territorial, noch national gebunden ist. Zivilgesellschaftliche Ansätze postulieren eine sozial verträgliche Globalität, die Ausgrenzung und Isolation verhindert. Die Globalisierung ist ein altes Phänomen. Rund drei Viertel der Erdoberfläche wurden während den letzten fünfhundert Jahren europäisch kolonisiert. Neu sind der rasante Anstieg des Welthandels und der Finanzströme. Die Bedeutung der Wirtschaft nimmt zu, der Einfluss des politischen und gesellschaftlichen Korrektivs eher ab. Soziale Verbindlichkeiten und institutionelle Kontrollen weichen sich auf. Das führt zu Verunsicherungen, die autoritäre Kräfte stärken.

Der Welthandel und die Finanzströme sind zentrumsorientiert. Sie klammern weite Teile der Bevölkerung aus. Während die Preise für industriell gefertigte Güter tendenziell steigen, sinken - im Vergleich - jene für Rohstoffe und Primärgüter. Weil sich die Austauschbedingungen verschlechtern, erzielen viele „Entwicklungsländer“ mit mehr Exporten weniger Erlös. Die verschärfte Standortkonkurrenz zwischen den reichen Zentren erhöht den Rationalisierungsdruck und - wegen der einseitigen Verteilung - die

Erwerbslosigkeit. Das wirtschaftliche Wachstum belastet auch die Umwelt. Ein Fünftel der Menschen verbrauchen in Industrieländern vier Fünftel der Weltenergie. Der Treibhauseffekt und die Erwärmung der Erdoberfläche lassen den Meeresspiegel ansteigen. Sie zwingen Millionen von Menschen zur Migration. Theorien der Modernisierung plädieren für geballte Investitionen in Wachstumszentren und nehmen an, dass der implantierte Wohlstand dann allmählich ins „Hinterland“ sickert. Doch der erhoffte Effekt lässt auf sich warten. Drei Milliarden Menschen leben immer noch mit weniger als zwei Dollar pro Tag. Mit der Verteilung hapert's. Auch bei der wirtschaftlichen Macht, die sich weiter konzentriert.

500 Unternehmen kontrollieren zwei Drittel des weltweiten Handels. Die Zentralisierung der Wirtschaft berührt politische Grundlagen wie das Territorialprinzip (feste Grenzen), das Souveränitätsprinzip (staatliches Gewaltmonopol) und das Legalitätsprinzip (verbindliches Vertragswesen). Die Aufweichung bestandener Prinzipien erhöht die Verunsicherung und den Ruf nach einer starken Hand, die für Ordnung sorgen soll. Rasche Veränderungen und komplexe gesellschaftliche Strukturen verlocken dazu, Halt in Vereinfachungen zu suchen. Mit der Globalisierung formieren sich somit neue fundamentalistische Strömungen, aber zum Glück auch zivilgesellschaftliche Bewegungen, die sich vernetzen und den sozialen Zusammenhalt intendieren. An diese hier nur stichwortartig skizzierte Analyse knüpfe ich folgende weiteren Thesen an:

- *These 2:* Der Welthandel und die Finanzströme sind zentrumsorientiert. Das relativiert die Globalisierung, die weite Bevölkerungsteile ausklammert.
- *These 3:* Der ungleiche Austausch beschert vielen „Entwicklungsregionen“ erhebliche Verluste und erhöht die soziale Ungleichheit. Die Konzentration der Wirtschaft refeudalisiert den Besitz.
- *These 4:* Der Globalismus gefährdet, im Unterschied zur Globalität, den sozialen Zusammenhalt. Er schwächt politische Verbindlichkeiten und stärkt autoritäre Strömungen.
- *These 5:* Die forcierte Integration in den Weltmarkt verstärkt den Ausschluss benachteiligter Regionen und verschärft soziale Konflikte.

Die angesprochene Verschärfung der sozialen Brisanz zeigt sich in Ansätzen auch in der reichen, privilegierten Schweiz. Nach dem zweiten Weltkrieg erlebten in der Schweiz breite Bevölkerungskreise einen materiellen Aufschwung, der den „sozialen Kitt“ zu fördern schien. Seit den rezessiven Einbrüchen der siebziger Jahre steigen jedoch die Lebenshaltungskosten (für Nahrung, Mieten, Gesundheit) stärker als Teile der unteren Einkommen. Das System der sozialen Sicherheit, das zwar relativ gut ausgebaut ist, hält mit dem Wandel der Lebensformen (Zunahme von Alleinlebenden und Alleinerziehenden) nicht Schritt. Es geht von Voraussetzungen aus, die nur beschränkt zutreffen. Wir haben weder Vollbeschäftigung mit kontinuierlichen Erwerbsbiographien, noch mehrheitlich traditionelle Familien, bei denen ein Einkommen für einen Haushalt ausreicht. Bei einer früheren Studie über die Armut<sup>5</sup> fiel uns ein starker innerer Rückzug sozial Benachteiligter auf. Viele der interviewten Armutsbetroffenen fühlten sich relativ stark für Verhältnisse verantwortlich, die primär gesellschaftlich verursacht sind. Wir erklärten uns diesen Rückzug durch den hohen gesellschaftlichen Individualisierungsgrad und die verbreitete Tabuisierung der Armut. Das Schweigen führt dazu, dass Betroffene nach aussen den Anschein erwecken, alles sei in bester Ordnung, auch wenn sie selbst einen hohen Leidensdruck verspüren. Heute weisen indes

<sup>5</sup> Mäder Ueli, Für eine solidarische Gesellschaft, Rotpunktverlag, Zürich 1999.

etliche Anzeichen darauf hin, dass sich resignative Haltungen und depressive Verstimmungen teilweise auch in Empörung verwandeln. Das mag mit Schlagzeilen über „abgehobene Managerlöhne“ und mit der persönlichen Wahrnehmung sozialer Ungleichheit zu tun haben. Wenn Eltern erleben, wie ihre Kinder keine Lehrstelle finden, während andere sehr hohe Saläre erzielen, empfinden sie Wut. Diese kann sich unterschiedlich auswirken. Die Empörung kann die Bereitschaft fördern, sich mehr für eigene Interessen einzusetzen. Sie kann aber auch die Gefahr erhöhen, Halt bei autoritären und populistischen Kräften zu suchen, die eine rigide „Ruhe und Ordnung“ mit strukturellen Ausgrenzungen anstreben.

### 3. Perspektiven

Das modernisierungstheoretische Credo plädiert für eine liberale Öffnung der Märkte und eine Integration der Entwicklungsregionen in den kapitalistischen Weltmarkt. Wenn Ungleiches aber gleich behandelt wird, bleibt es ungleich. Die ungleichen Terms of Trade verschärfen die Polarisierung zwischen Arm und Reich. Daher tendieren Länder des Südens dazu, den Weltmarkt selektiv zu nutzen und über eine gemeinsame Lobby die Konditionen des Austauschs mehr mitbestimmen zu können. Den Öl produzierenden Ländern gelang das teilweise zu Beginn der 1970er-Jahre. Damals entstand auch die Konzeption einer Neuen Weltwirtschaftsordnung, die nicht mit der neuen, westlich dominierten Weltordnung zu verwechseln ist. Andere Versuche alternativer Monopolbildung scheiterten aber, beispielsweise das mittelamerikanische Bananenkartell. Ein Grund lag wohl in den bereits bestehenden Monopolen multinationaler Konzerne, die, wie beim Kaffee und Kakao, den weltweiten Umsatz dominieren. Das bestärkte einzelne Entwicklungsregionen in protektionistischen Massnahmen und darin, die Produktionsstruktur zu diversifizieren. Sie konzentrierten sich – im Sinne der Dissoziation und Self-Reliance – auf die Entwicklung der eigenen Produktivkräfte, um dann allenfalls später, mit vergleichbaren Ellen, den Weltmarkt wieder so zu nutzen, dass er – komplementär – zum Vorteil aller Beteiligten gereicht. Diese Strategie, die keine Autarkie anstrebte, führte da und dort dazu, die Grundbedürfnisse besser zu befriedigen. Das erwies sich als viel versprechend. Das Aufbrechen des West-Ost-Gegensatzes forcierte jedoch die Globalisierung. Investitionen flossen nun zunehmend in jene Regionen, die eine maximale Kapitalverwertung gewährten. Andere Regionen wurden unfreiwillig ganz abgekoppelt. Unter diesen Bedingungen ist es schwierig, die Not in eine Tugend zu verkehren. Fahrlässig wäre es jedoch, deshalb auf ein Integrationskonzept einzuschwenken, das eher den strukturellen Ausschluss breiter Bevölkerungskreise fördert. Aus meiner Sicht gibt es perspektivisch keine Alternative zum Versuch, kollektive Eigenständigkeit zu wahren. Was das bedeuten könnte, formuliere ich zunächst wiederum thesenartig.

- *These 6:* Modernisierungstheoretische Konzepte vernachlässigen die Armut und das Konfliktpotenzial, das sich aus einseitigen (Rohstoff-)Abhängigkeiten ergibt.
- *These 7:* Die selektive Dissoziation verbessert die Disposition zum sozialen Ausgleich. Sie mindert einseitige Abhängigkeiten und damit auch die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen.

Konzepte einer sozialen Globalität plädieren im Gegensatz zum wirtschaftlichen Globalismus für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung. Sie schlagen vor, die Preise für Rohstoffe an jene für industriell gefertigte Güter anzupassen. Nach Berechnungen der Vereinten Nationen (UN)

genügte den „Entwicklungsländern“ die Hälfte des Mehrerlöses, um ihre existenziellen Bedürfnisse zu befriedigen. Stabile Abnahmequoten und Preise könnten helfen, die Produktion aufzufächern und die Abhängigkeit von einzelnen Exportgütern zu mindern. Diese Vorschläge gehen davon aus, dass die Zentralisierung der Wirtschaft ein politisches Korrektiv braucht. Typologien einer „Transnationalen Demokratie“ unterscheiden Ansätze einer zentral-demokratischen Weltordnung mit universalen Beschlüssen von einem liberal-demokratischen Pluralismus, der an bestehende staatliche Vereinbarungen anknüpfen will. Kommunitäre Ansätze zielen darauf ab, zivilgesellschaftliche Einrichtungen zu stärken. Der wirtschaftsfreundliche Soziologe Ralf Dahrendorf<sup>6</sup> will keine Weltregierung, sondern eine bessere Kooperation staatlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen. Er plädiert für eine „Bürgergesellschaft“, in der die Assoziationen der Menschen wichtiger sind als der Staat, der ein Grundeinkommen mit verbindlichem Minimal-Lohn garantieren müsse, was bekanntlich kontrovers diskutiert wird. Die einen befürchten einen demotivierenden Einfluss auf die Erwerbsarbeit, andere erhoffen sich eine Entlastung sozial Benachteiligter. Wenn es nicht gelingt, der ausgeprägten Wettbewerbsfähigkeit ein starkes Element des sozialen Zusammenhalts hinzuzufügen, befinden wir uns laut Dahrendorf auf dem Weg in ein autoritäres 21. Jahrhundert.

Der einseitig wirtschaftlich orientierte Globalismus stärkt borniert nationalistische und provinzialistische Kräfte. Anders die Globalität. Sie strebt den sozialen, kulturellen und politischen Ausgleich an, der auch übergreifend regionale Zusammenschlüsse unterstützt. Verbindliche Vereinbarungen im Sinne einer Anpassung der Preise für Primärgüter und Rohstoffe an jene für industriell gefertigte Güter könnten meines Erachtens wesentlich dazu beitragen. Befürchtungen lauten zwar, dass solche Massnahmen dazu führen könnten, die Eliten in südlichen Ländern zu bereichern. Aber aus meiner Sicht ist das eine Ausrede, um keine gerechteren Preise zu bezahlen. Ich halte dafür, den dependenztheoretischen Ansatz gegenüber dem Voreiligen Abschreiben aller grossen Theorien zu verteidigen. Er zielt zu Recht darauf ab, einseitige Abhängigkeiten zu mindern. Ohne internationale Vereinbarungen im Sinne der Menschenrechte, die auch das Recht auf Existenzsicherung beinhalten, besteht die Gefahr, dass soziale Not und Spannungen zunehmen. Das postulierte Ende der grossen Erzählungen verabschiedet voreilig kritische Theorie zugunsten einer alles relativierenden Beliebigkeit und einer Offenheit, die zu viel offen lässt.

Soziologe Ulrich Beck<sup>7</sup> nimmt an, dass die Menschen im Übergang zur reflexiven Moderne in der Lage sind, künftige Entwicklungen zu antizipieren und entsprechende Korrekturen einzuleiten. Wer die Umwelt schädigt, realisiere, dass die Folgen seines Handelns auf ihn zurück fallen. Die Täter werden zu Opfern. Der Smog hält sich an keine nationalstaatlichen Grenzen. Das Bewusstsein, dass es fünf vor zwölf Uhr ist, verändert die Welt. Soweit die optimistische Variante. Eine andere Sicht weist darauf hin, wie Bedrohungen oft zu irrationalen Handlungen und zu einer gefährlichen Flucht nach vorn führen können.<sup>8</sup> Wer das Wasser am Hals hat oder mit dem Rücken zur Wand steht, flüchtet nach vorn oder verkriecht sich ins Schneckenhaus. Er versucht allenfalls die eigene Haut zu retten, ist aber kaum in der Lage, sich für übergreifende Interessen einzusetzen.

<sup>6</sup> Ralf Dahrendorf, in: Armin Pongs, In welcher Gesellschaft leben wir?, München 1999, 87-105.

<sup>7</sup> Ulrich Beck, Risikogesellschaft, Suhrkamp, Frankfurt/M. 1986.

<sup>8</sup> Richard Heinberg, The Party's Over, Das Ende der Ölvorräte und die Zukunft der industrialisierten Welt, Riemann, München 2008.